

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 623

Mittwoch, 11. Januar 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

20 Jahre Friedensabkommen.....	1
Wie HIJOS der fortgeführten Militarisierung des Alltags widersteht.....	1
10 Lektionen aus den 20 Jahren Frieden in Guatemala.....	3
Ein schwieriges Jahr für die Frauenbewegung in Guatemala.....	5
Ein schlechtes Jahr für die guatemaltekeische Presse.....	6
2016: Negative Bilanz für die Gewerkschaftsbewegung.....	7

20 Jahre Friedensabkommen

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der Regierung und der URNG jährte sich am 29. Dezember zum 20. Mal. Grund genug, Bilanz zu ziehen. Dies tut zum einen der US-Journalist Jeff Abbott in Waging Nonviolence vom 27. Dezember 2016 und zum anderen Martin Pellecer in der Nómada vom 28. Dezember 2016. Der erste befasst sich mit einer antimilitaristischen Gruppe und ihrem Kampf gegen den weiterhin vorhandenen Einfluss des Militärs im Land, Pellecer versucht, auf Anfrage von kolumbianischen KollegInnen, zehn Ideen, die Kolumbien von der zwanzigjährigen Friedenszeit in Guatemala lernen soll.

Wie HIJOS der fortgeführten Militarisierung des Alltags widersteht

Fast jede Ecke von Guatemala-Stadt erzählt eine der tragischen Geschichten des 36 Jahre währenden Bürgerkrieges, der zwischen 1960 und 1996 das Land in Atem hielt. Der Eingang zur Portalito Bar in der Altstadt, in der Ernesto "Ché" Guevara sich während seiner Zeit in Guatemala so gerne aufhielt, trägt eine Tafel, die auf den Ort hinweist, an dem der Studierendenführer Oliverio Castañeda de Leon von Militärs ermordet wurde. Eine andere Tafel ein paar Strassen weiter erinnert an den Ort in der Nähe des San Sebastian-Parks, an dem die guatemaltekeische Ethnologin Myrna Mack ermordet wurde. Acht Jahre später wurde Erzbischof Juan Gerardi in der Kirche am Eingang des Parks zu Tode geprügelt. All diese Stellen erinnern an die Gewalt, die über Guatemala während dieser dunklen Tages des Krieges hereinbrach. Diese Markierungen der historischen Erinnerungen haben jedoch die Oligarchie und die militärische Elite nicht daran gehindert, die Geschichte des Krieges in ihrem Sinne umzuschreiben. Der 29. Dezember 2016 ist der 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensabkommens, die den Kämpfen ein Ende setzte. Die 20 Jahre sind gekennzeichnet durch eine geschichtliche Revision und eine Remilitarisierung der Gesellschaft.

Doch eine kleine Gruppe von AktivistInnen im Dachverband *Söhne und Töchter für Identität und Gerechtigkeit gegen das Vergessen und Verschweigen* (HIJOS) versuchen die Erinnerung wach zu halten, die Militarisierung aufzuhalten und das Projekt des Neoliberalismus, das den Krieg befördert hat, herauszufordern.

"Es gab in den vergangenen 20 Jahren nie ein vollständiges Eingeständnis dessen, was das Militär während des Krieges getan hat", sagt Francisco Sanchez, einer der Gründer von HIJOS. "Wir begannen die Diskurse über Versöhnung zu hinterfragen, die ausländische und Nicht-Regierungsorganisationen uns aufzudrücken suchten. Wir wollten den Leuten einen Raum bieten, um ihre eigene Geschichte zu entdecken und eine eigene Agenda zu entwickeln". "Damals" - so fügt er an, "hat es viel Kraft gekostet, über das zu sprechen, was damals im Krieg geschehen war. Viele (...) sagten, dass wir stattdessen 'weiter am Aufbau des Friedens arbeiten müssen.' Aber heute, (...), ist das Thema wieder auf der Agenda". Der guatemaltekeische Verband HIJOS ist lose mit anderen HIJOS-Gruppen in Lateinamerika verbunden. (...) Das Kol-

ektiv wurde zwei Jahre nach Unterzeichnung des Friedensabkommens gegründet. Zu jenem Zeitpunkt waren Reformen in den Friedensverträgen angekündigt - und Erzbischof Gerardi wurde ermordet, nachdem die Kirche ein Bericht über die Verbrechen des Krieges veröffentlicht hatte. Die Gruppe begann ihre ersten öffentlichen Aktionen nach der Veröffentlichung der geheimen Tagebücher des Militärs, die die Kampagnen des Verschwindenlassens dokumentierten und die noch immer die Rufe nach historischer Aufarbeitung inspirieren. Die Gruppe hat in den vergangenen Jahr(zehnt)en verschiedene gewaltfreie Aktionen durchgeführt - Blockaden von Militärparaden oder das Eindringen in militärische Sperrgebiete ebenso wie Foren, in denen über die Geschichte diskutiert wurde. Ein Schwerpunkt war es, der Jugend des Landes die jüngere Geschichte ihres Landes nahe zu bringen, da diese Ereignisse in den Schulen selten erwähnt werden.

Der Kampf gegen Neoliberalismus verknüpft mit Antimilitarismus

Die Arbeit HIJOS kritisiert das neoliberale Modell, das dem Land durch die Friedensverträge aufgedrückt wurde. (...) Die Haltung brachte sie dazu, mit indigenen Gemeinden zu kooperieren, etwa im Kampf gegen die Vertreibung von ihrem Land durch transnationale Konzerne. Laut Sanchez wurde dieser Konflikt zu einer der grössten indigenen Rebellionen in der Geschichte des Landes, und die Antwort der Diktatoren und des Staates war ein Genozid an den indigenen Völkern. "Der Genozid war nicht das Ende, sondern das Zentrum dessen, was zur Durchsetzung eines Modells der kapitalistischen Akkumulation in Form der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen notwendig war", erklärt Sanchez. "Es ist kein Zufall, dass nach den Friedensverträgen der Staat all jene Gesetze verabschiedete, die das Einfallen der transnationalen Konzerne erlaubte, und damit die grossen Konflikte von heute entstehen liess."

HIJOS arbeitete daran, in der städtischen Bevölkerung ein Bewusstsein für die Kämpfe der indigenen Gemeinden auf dem Lande zu schaffen. "Wir wollen uns an den Kämpfen der indigenen Gemeinden beteiligen", sagt Sanchez. "(...) Heute sind mehr indigene FührerInnen, die ihre Territorien verteidigen, in Haft als Militärs, die Verbrechen begangen haben". (...) Im Jahre 2004 erlitt die Gruppe eine ganze Serie von Angriffen auf ihre kollektiven Wohnprojekte. Dabei wurden Musikanlagen und Computer gestohlen. Es gab auch Todesdrohungen gegen einzelne Mitglieder. Diese Drohungen verstärkten sich während des Gerichtsverfahrens gegen den Ex-Diktator Efraín Ríos Montt wegen Genozid an den Ixil. HIJOS stand an der Seite der Ixil und forderte einen Schuldspruch gegen ihn wegen der verbrecherischen Gewalt seiner Aufstandsbekämpfung. 2013 wurde er tatsächlich des Genozids für schuldig befunden, aber eine Woche später wurde das Urteil kassiert. Der Kongress erklärte, dass es keinen Genozid gegeben habe. HIJOS reagierte mit Graffiti "Ja, es gab einen Genozid" überall in der Hauptstadt. (...)

Die Militarisierung der Nachkriegszeit

Die 20 Jahre seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens sind gekennzeichnet durch eine stetig wachsende Präsenz des Militärs im Alltag. Die Verträge waren eigentlich dazu gedacht, diese Präsenz zu begrenzen und stattdessen den Schwerpunkt der inneren Sicherheit auf die Polizei zu verlagern. Aber angesichts der ständig steigenden Gewaltkriminalität, den Morden, der Gewalt der Gangs und des Drogenhandels, wurde es für völlig normal gehalten, dass Militärs durch die Strassen patrouillierten und der Polizei bei deren Operationen half. "Eine der nicht erfüllten Forderungen der Friedensabkommen ist die Reduzierung der militärischen Mittel und ihre Reform zur Integration in eine demokratische Gesellschaft", sagt Sanchez. "Das Gegenteil dessen fand statt: Die Militärs wurden immer mächtiger."

Während der Präsidentschaft von Alfonso Portillo unterzeichnet der Kongress im Jahre 2000 das Gesetz 40-2000, das dem Militär erlaubte, die Polizei bei Operationen gegen die organisierte Kriminalität zu unterstützen. (...) Heute wird das Militär eingesetzt, um 'Sicherheit' zu gewährleisten in den Stadtzentren, Märkten, touristischen Zentren, in Bussen und als Teil der "Grünen Bataillone" in den Naturschutzgebieten. Die grösste Ausweitung der Militärpräsenz fand freilich unter Präsident Otto Pérez Molina statt (...). Als Präsidentschaftskandidat forderte er die Wiederaufnahme der Militärhilfe durch die USA. Mit Erfolg: die Militärmittel stiegen um 40 %, kurz bevor er wegen Korruption sein Amt räumen musste. Seiner Präsidentschaft ist auch der massive Anstieg von Angriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen anzulasten - 2011 waren es 409, 2014 813, 2015 noch 493. Die Militarisierung weitete sich in jene Regionen (...) im indigenen Hochland aus, die besonders unter dem Wüten der Militärs im Bürgerkrieg gelitten hatten; schliesslich sind sie die Zentren jener sozialen Konflikte, die von transnationalen Konzernen geschaffen wurden, da sie an einer raschen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes interessiert sind.

Die Wahl der rechts-gerichteten und nationalistischen Trump-Version, Jimmy Morales, hat wenig dazu beigetragen, die Militärpräsenz überall im Land einzudämmen. Im März 2016 trat er gemeinsam mit den höchsten militärischen Führern vor die Fernsehkameras und erklärte die Ausweitung des "Sicherheitsprogrammes für die Bevölkerung", das bereits von seinem Vorgänger begonnen worden war. (...) Morales hat die Anti-Korruptions-Proteste als Sprungbrett für die Amtsübernahme genutzt. Aber die Medien berichteten über seine Verbindungen zur alten Garde der Militärs, insbesondere zum ex-Oberst Edgar Justino Ovalle Maldonado, der bei den Spezialkräften in Cobán (Alta Verapaz) diente, genau dort, wo die Überreste von 568 indigenen Opfern in nicht markierten Gräbern gefunden wurden. Morales spielte seine diesbezüglichen Beziehungen herunter und meinte, alle Parteien hätten gewisse Verbindungen zu Militärangehörigen. Ehemalige Soldaten haben auch ihren Weg in private Sicherheitsfirmen gefunden und zu einem Anstieg der Gewalt an Orten sozialer Konflikte beigetragen. Man denke an den Fall von Adolfo Ich Chaman (...) und seinem mutmasslichen Mörder, den ehemaligen Oberst Mynor Padilla, der für eine private Sicherheitsfirma des transnationalen Konzerns CGN arbeitete. Der Prozess verläuft langsam. Es gibt immer wieder Klagen über externe Einflussnahme (zugunsten Padillas).

Direkte Aktionen gegen den Tag des Militär

HIJOS hat direkte gewaltfreie Aktionen gegen Militärfeiern auf den Strassen von Guatemala-Stadt durchgeführt. Eine der wichtigsten ist der Tag des Militärs am 30. Juni. Am 11. März organisierte HIJOS eine Demonstration durch die Altstadt mit hunderten TeilnehmerInnen, die gegen die Militarisierung des Landes protestierte. (...)

"Wir wollen etwas gegen den Versuch tun, die Erinnerungskultur mit dem Tag des Militärs an sich zu reißen. Das Militär hat einen Genozid begangen, es ist in den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität verwickelt, es verletzt weiterhin die Menschenrechte. Da gibt es nichts zu feiern", sagte Roberto Landaverry, ein Historiker und Volkserzieher. 2007 hatten 30 Leute von HIJOS die jährliche Parade blockiert. Laut Sanchez hat diese Aktion zu einer nationalen Debatte über die Parade geführt und womöglich sogar dazu beigetragen, dass Präsident Alvaro Colom sie aus Respekt vor den Opfern des Bürgerkrieges absagte. Diese Entscheidung blieb selbst unter dem Militär Pérez Molina erhalten. HIJOS sammelte tausende Unterschriften, damit die Militärs weiterhin nicht auf den Strassen paradierten. 2016 gab es in den sozialen Medien einen lauten Aufschrei, als Jimmy Morales ankündigte, dass nach sieben Jahren eine Militärparade am 3. Juli durchgeführt werden würde. Laut einer Umfrage der Zeitung *Prensa Libre* waren 64 % der Bevölkerung gegen die Militärparade. Danach wurde entschieden, dass die Militärparade in den Kasernen und nicht auf den öffentlichen Strassen stattfinden werde. Trotz dieses Erfolges erklärte Sanchez, dass es schwierig sei, den Beitrag seines Kollektivs einzuschätzen (...): "Keine Ahnung, wie hoch unser Anteil ist, aber wenn wir Flyer verteilen oder Festivals organisieren, dann kommen die Leute, erzählen uns ihre Geschichte und sagen uns, dass auch Angehörige ihrer Familie verschwunden seien. Unsere Strassenaktionen zeigen jenen, die nicht reden wollen, dass sie nicht alleine sind." Und er schliesst: "Vor 15 Jahren hatten die Leute Angst, darüber zu sprechen, aber heute tun sie es. Wir versuchen, uns die öffentlichen Räume wieder zu holen. Wir werden das Vergangene nicht vergessen." (*Waging Nonviolence*, 27. Dezember 2016)

10 Lektionen aus den 20 Jahren Frieden in Guatemala

Ich bin die erste Nachkriegs-Generation in Guatemala. Ich war ein Heranwachsender am 20. Dezember 1996, heute vor 20 Jahren, als sie die damalige Regierung und der Verbund der vier Guerilla-Gruppen, URNG das Friedensabkommen unterzeichneten. Ich war ein Heranwachsender und ich erinnere mich, dass an jenem Abend der Fernseher in dem Zimmer lief, wo meine Grosseltern waren, während meine Vettern und Onkel im Garten redeten oder spielten. Die einzige Phrase, an die ich mich an jenem Tag erinnere, war ein Lied, das einige DemonstrantInnen im Parque Central sangen: "Nein, nein, nein das reicht uns nicht, da fehlt noch soviel, um Frieden aufzubauen". Und sie hatten Recht.

VICE-Colombia bat uns von Nómada um einen Artikel über zehn Ratschläge gebeten, die Guatemala aus ihrer 20-jährigen Erfahrung mit Friedensverträgen Kolumbien für deren Friedensprozess geben könnte.

Zentralamerika und Kolumbien haben viel gemeinsam. Kolonialgesellschaften, ungleich und gewalttätig. Und die Personen, die am gewalttätigsten sind, Kriminelle im Allgemeinen, ziehen es vor, ihre Gewalt gegen die Schwächsten zu richten. In Guatemala gab es einen langen Bürgerkrieg, 36 Jahre zwischen 1960 und 1996, am schlimmsten aber zwischen 1978 und 1983, da das Militär und die Unternehmensebenen in Panik gerieten, als die Guerilla die Regierung in Nicaragua stürzte und gleiches in El Salvador drohte, und eine völlig überzogene Repression begannen. In meinem Land Guatemala, das damals sieben Millionen EinwohnerInnen zählte, gab es 45.000 Verschwundene, 200.000 Tote, Zehntausende Vergewaltigte und eine Million Vertriebene - innerhalb des Landes oder Richtung Mexiko oder USA. So wie es in El Salvador und Nicaragua in den 1980er Jahren geschah - oder in Kolumbien zwischen 1995 und 2005, war praktisch jede Familie von dem Krieg betroffen. Und in Guatemala gab es nichts im Staat, das ausserhalb des Krieges operierte. Wie kann man den Frieden auf solchen Zuständen aufbauen? Hier sind die 10 "Lektionen" oder Ideen, die Kolumbien helfen können, in ihrem Land Wege zum Frieden zu gehen.

1. Der "Frieden" vor dem Krieg war nicht gut

In Gesellschaften mit solchen intensiven und langen Kriegen ist es schwierig, nicht all das Böse dem Krieg zuzuschreiben. Unsere Gewalttätigkeit liegt daran, dass wir die Erben des Krieges sind. (...) Zwar kann der Krieg das Schlechte in unserer Gesellschaft grösser wirken lassen, aber die Problemen gab es bereits zuvor. Und da sie schon vorher da waren, sind sie nicht einfach mit dem Ende des Krieges verschwunden. Der Frieden ist kein Zauberstab. Das Guatemala vor dem Krieg, dem Jahr 1959 war ein autoritäres, rassistisches, machistisches Land, das von einer Diktatur regiert wurde, von einer antikommunistischen Allianz aus der Wirtschaftselite, der katholischen Kirche, den USA und den Militärs. Sie wollten das Land als eines des 19. Jahrhunderts erhalten, als Bananen- und Kaffeeplantage. Oder sie wollten, dass die Winde der Veränderung auf dem Kontinent wenigstens in kontrollierter Form Raum gewinnt, damit weiterhin nur die 1 % Reichen vom Wirtschaftsboom profitieren und nicht die Mehrheit. In Kolumbien ist es ähnlich.

2. Die Wahrheit suchen

Wenn es eine einzige Lektion für den Frieden gibt, den Guatemala an Kolumbien (oder die Welt) weitergeben könnte, dann wäre es dieses Mantra: Wahrheit, Gerechtigkeit, Entschädigung.

1998 gab es zwei Kräfte, die die Wahrheit und das Leid des Krieges anerkannten und nach Erklärungen und Verantwortlichen suchten: die UN-Mission für Guatemala (Minugua) mit ihrer "Erinnerung an das Schweigen" und das Menschen-

rechtsbüro des Erzbistums Guatemala-Stadt (ODHA) mit ihrer Publikation "Nie mehr". Beide Texte machten das Heer und die mit ihr verbündeten staatlichen Kräfte für 90 % der Kriegsverbrechen verantwortlich. Es ist unabdingbar, die Wahrheit zu suchen, selbst wenn es schmerzt. Unser Rat ist: Beschützt jene, die sie suchen. Zwei Tage nach der Vorstellung des Berichts der ODHA wurde Erzbischof Juan Gerardi in seiner Residenz von Militärangehörigen ermordet, 100 Meter entfernt vom Präsidentenpalast, am Sonntag, den 26. April 1998. Wir werden weiter nach der Wahrheit suchen. Einige Jahre zuvor wurde in Guatemala die Stiftung für Forensische Anthropologie (FAFG) gegründet, die wie die Detektive von CSI die Forensik nutzten, um "die Geschichte zu bergen, die Wahrheit zu ergründen, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen, gegen die Straffreiheit zu kämpfen und den Frieden aufzubauen". Es gab 1.259 Exhumierungen an Orten, wo einmal Gemeinden waren, bei denen die körperliche Überreste von 2.133 Personen identifiziert und 5.557 Individuen ausgegraben wurden. Können Sie sich ein Fussballstadion vorstellen mit Familienangehörigen und FreundInnen von Personen, die über Jahre hinweg nicht wussten, was mit ihren Geliebten geschehen war (eine der schlimmsten Formen der Folter überhaupt) und dass diese nun wissenschaftlich fundiert einen Endpunkt setzen können und ihre Toten auf einem Friedhof besuchen können?

Zudem haben MitarbeiterInnen des Ombudsmann für Menschenrechte im Jahre 2006 ein altes Gebäude der Polizei, das als Lager für Schrottteile genutzt wurde, besetzt, weil sie herausgefunden hatten, das hier das Archiv der Polizei versteckt worden war. Das Historische Archiv der Nationalen Polizei ist das zweitgrösste Archiv der Welt, nach dem Archiv der Staatssicherheit der DDR in Berlin. Nun dient es als Quelle für juristische Ermittlungen und für Recherchen von JournalistInnen, z.B. für einen Artikel in der *Nómada* über ein Berufskiller, der von 1991 bis 2016 Kongressabgeordneter war (*es handelt sich um Baudilio Hichos, d.Red.*).

3. Die Krieger blieben Krieger

In Guatemala haben sich die Killer des Krieges, die Militärs, trotz ihres Unwohlseins bezüglich eines Friedensvertrages mit jenen, die in den Bergen Krieg führten, gut mit den neuen Zeiten arrangiert. Viele gründeten private Sicherheitsfirmen, boykottierten Jahre lang die Gesetze, um Kontrollen des Marktes für Waffen und Munition zu verhindern. Andere erstanden wieder als sog. SicherheitsexpertInnen im Privatsektor oder der Polizei und sie liessen die Kontrolle über die (*bereits genannten*) Schlüsselinstitutionen des Staates (...) nicht los (...); sie kämpfen noch immer um die Erhaltung ihrer Macht. Zudem haben viele 'neue' NachkriegspolizistInnen es nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages geschafft, Entführungsbanden zu gründen oder zu unterstützen, was zu einem furchtbaren Entführungsboom führte und die Gewalt ansteigen liess. Guatemala hatte 1999 noch einen lateinamerikanischen Durchschnittswert von 24 Morden pro 100.000 EinwohnerInnen, 2009 lag der Wert bei 48 pro 100.000. (Nun liegt er wieder bei der Hälfte, aber das hat viele Menschenleben gekostet).

4. Der Kampf gegen die Straffreiheit ist das wichtigste von allem

Der Suche nach Wahrheit folgt die Suche nach Gerechtigkeit. Es gibt nicht nur das eine Nachkriegsmodell wie das in Südafrika, wo die Verbrechen entschuldigt sind, wenn im Gegenzug die Schuld anerkannt wird. Die einzigen, die darüber entscheiden dürfen, ob es Amnestien gibt oder ob die Kriegsverbrechen verfolgt werden, sind die Opfer. (...)

In seiner Dankesrede klagte der Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez 1982 den teuflischen Diktator an, der den ersten Genozid auf dem Kontinent befahl. Dieser Teufel war Ríos Montt, der als zweiter Diktator seine Kriegshandlungen nicht nur auf Ideologie und Menschenverachtung gründete, sondern auf Rassismus gegen die Maya-Gemeinden, egal, ob sie nun mit der Guerilla sympathisierten oder nicht. Und dieser Teufel kam, diesmal auf demokratischem Wege, an die Macht zurück. In den letzten Wahlen vor Unterzeichnung des Friedensabkommens hatte er die absolute Mehrheit im Kongress, dem er vier Jahre lang als Präsident vorsass. Und er sammelte die Militärs und zivilen Mafiosi in den Schlüsselstellen der Macht (Geheimdienst, Polizei, Heer, Leibwache des Präsidenten, Staatsanwaltschaft, Häfen, Flughäfen, Zölle).

Angesichts dessen gründeten die MenschenrechtsaktivistInnen, die für den Frieden gekämpft hatten, im Jahre 2000 jenes internationale Gremium, das später, 2009, die CCIG werden sollte. (...) Nun kamen UntersuchungsrichterInnen aus Europa, Lateinamerika, den USA und arbeiteten Seite an Seite mit den guatemalteckischen und konnten die Mafiosi verurteilen und das Justizsystem säubern und stärken. (...) Unter den Augen der CICIG haben die Staatsanwaltschaft, die Polizei und die RichterInnen begonnen, ihre Arbeit zu tun. Allein eine Generalstaatsanwältin, Claudia Paz y Paz (2010-2013), schaffte es in drei Jahren, das Niveau der Straffreiheit von 98% auf 72 % zu senken. Und die Zahl der Morde halbierte sich (*wie oben bereits erwähnt, d.Red.*). Das sind immer noch viele, aber wir haben eine Zukunft.

5. Die Korruption ist die Achillesverse der Mafia

Ich glaube nicht, dass alle Probleme gelöst wären, wenn es keine Korruption mehr gäbe. (...) Wir brauchten einen Kolumbianer, Iván Velásquez (der Drogenboss Pablo Escobar in Antioquia verfolgte, die Politik des ex-Präsidenten Uribe vereitelte und seit 2013 Leiter der CICIG ist), um uns zu zeigen, dass die Korruption dazu diente, die Straffreiheit zu finanzieren. Sie kauften die Wahlen von RichterInnen für RichterInnen, die ihre Verbrechen von Raub bis Mord straffrei ausgehen liessen. Und so begann Velásquez - gemeinsam mit der neuen Generalstaatsanwältin Thelma Aldana - den Präsidenten anzuklagen, der Kopf einer kriminellen Struktur zu sein, die sich den Staat einsackte und dabei den formal-demokratischen Weg unter dem Namen PP nutzte. (...) Und ihn, der einer der Unterzeichner des Friedensabkommens war, vom Präsidentenpalast direkt ins Gefängnis zu bringen. Auch wenn er weiterhin gegen CICIG Verschwörungen an-

zettelt, so ist er doch vor Gericht, ebenso wie die Hälfte seines Kabinetts und die sie finanzierenden UnternehmerInnen.

6. Eine Chance, uns als Land neu zu bestimmen

Guatemala hat sich wie viele andere Länder des Kontinents geweigert, sich selbst zu erkennen. (...) Die Friedensabkommen beinhalteten die Idee, (...) die Verfassung einer Nation der diversen Kulturen zu gestalten, die Namen der Maya-Völker anzuerkennen, ihre Sprachen zu offiziellen Sprachen zu machen (...) oder die (effiziente und besonnene) traditionelle kommunale Rechtsprechung anzuerkennen. (...) Inzwischen kennen wir unser Land als ein diverses an, aber es ist ein harter Weg. Nach dem Genozid-Urteil gegen Rios Montt überraschte uns das Ergebnis einer Umfrage in einer konservativen Zeitung, nach der erstmals mehr Menschen die rassistische Komponente der Verbrechen des Krieges bestätigen als jene, die das nicht tun (42 % zu 30 %).

7. Den Frieden aufzubauen kostet Geld (und senkt nicht die Armutsrate)

Die internationale Kooperation kann uns Leben einhauchen, sofern die Schlüsselbereiche funktionieren. Die Entwicklung für die Schwächsten der Gesellschaft - ihre öffentlichen Güter wie Schulen, Krankenhäuser, Sozialversicherung und Infrastruktur - können unter Wettbewerbsbedingungen nur über Steuern finanziert werden. Guatemala hat weiterhin keine Steuerreform, die uns in Sachen Steuereinnahmen vom Tabellenende der globalen Liga fortbewegen lässt. Wir nehmen nur 10 % der Wirtschaftskraft ein; den grössten Teil über die Mehrwertsteuer (die für alle gleich hoch ist). Es gibt 264 Familien, die ein Kapital besitzen, das dem Äquivalent von 56 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts entspricht. (...) Wissen Sie, um wie viel sich die Armut seit dem Friedensabkommen verringert hat? Gar nicht: 60 % 2000, 59 % 2015. Und heute emigrieren nicht nur Männer durch (...) Mexiko in die USA; es migrieren Kinder. Eine Schande.

8. Das Militär ganz neu aufbauen

Wenn es nicht eingreifen darf, hört das Militär auf, sich wie ein Militär zu fühlen. (...) Auch wenn die Ausgaben sanken, sie sind noch immer weit höher als die für die Staatsanwaltschaft. Wir haben herausgefunden, dass Militärs Millionen von den UN-Friedensmissionen rauben (8 Mio. US-Dollar), dass sie erlauben, dass Flugzeuge der DrogenhändlerInnen auf Militärbasen landen. Und dass sie 2012 (...) einfach so acht demonstrierende Maya-BäuerInnen auf der Interamericana erschossen konnten.

9. Die grossen Probleme angehen

Erst in den letzten Jahren wurde der Gewalt gegen Frauen Aufmerksamkeit geschenkt - dem Zwang für schwangere Zehnjährige, die vergewaltigt wurden, ihr Kind zu kriegen, die Gewalt in Familien der oberen Mittelschicht gegenüber den Haushaltshilfen. 22 sexuelle Belästigungen werden täglich angezeigt in einem Land von 15 Millionen EinwohnerInnen. Mit einem solchem Niveau struktureller Gewalt gegen die Hälfte der Bevölkerung wird kein Frieden sein.

10. Sich globalen Ideen öffnen

Guatemala war während der Diktatur und des Krieges ein Paria der Weltgesellschaft. Aus einer Stätte fortschrittlicher Ideen werden wir eine konservative Provinz, die sonnige Höhle, wie es der salvadorianische Poet Roque Dalton nannte. Um fortzuschreiten müssen wir Ideen diskutieren, Alternativen für unsere Umgebung entwickeln, uns öffnen. (...) Das wäre ein Weg. Ein Weg, wie viele andere dieser zehn Ideen, den wir in Guatemala noch nicht so richtig begonnen oder noch nicht bis zum Ende zurückgelegt haben. Aber die Ideen haben in uns begonnen. Sei ermutigt, Kolumbien (...) - und bis dahin geben wir uns einem Song hin: Colombia Rocks (s. <https://www.youtube.com/watch?=7T7AODv5RUc#t=41>) (*Nómada*, 28. Dezember 2016)

Ein schwieriges Jahr für die Frauenbewegung in Guatemala

Guatemala, 16. Dez. Das Jahr 2016 war kein einfaches für die guatemalteckischen Frauenbewegungen, die ständig ihre Errungenschaften gegen den kulturell verankerten Fundamentalismus verteidigen mussten, der versucht, die Menschenrechte der Frauen wieder einzuschränken. Das erklärte Dinora Gil, Koordinatorin des Rechtsprogramms der multidisziplinären Gruppe für die Verteidigung der sexuellen und reproduktiven Rechte im Land.

Nach Angaben der Rechtsanwältin existieren Gruppen, die die Menschenrechte der Frauen begrenzen wollen. Zum Beispiel versuchte man dieses Jahr, das Thema der integralen Sexualbildung in das Jugendgesetz einzubeziehen, aber die Abgeordneten stellten sich dagegen. Auch die BeamtInnen diskutierten darüber und wollten die Sexualbildung nicht. Gil sieht dies als einen Rückschritt an, da dies auf nationaler Ebene im Gesetz der Familienplanung bereits verankert und auf internationaler Ebene in allen Verträgen, die sich auf Menschenrechte beziehen, bestätigt wurde.

Der scheinbare Zuwachs der Todesrate von schwangeren Frauen und Mädchen lässt sich laut der Expertin nicht auf einen realen Anstiege der Zahlen zurückführen, sondern auf eine grössere Sichtbarkeit. Die Medien trugen dazu bei, dass das Thema in die Öffentlichkeit rückte. Gleichzeitig ist es kein Geheimnis, dass es in manchen Departements historischer Brauch war, Mädchen ab einem Alter von 11 Jahren zu verheiraten. Nun wurde das Thema trotz allem Teil der öffentlichen Diskussionen, denn letztendlich geht es nicht nur um die Lebensentwürfe der Mädchen und Frauen, sondern auch um den Entwurf einer Nation: „Wenn die Frauen bessere Bildungschancen erhalten, werden sich die Lebens-

bedingungen insgesamt bessern und das Land sich verändern (...); solange dies nicht geschieht, werden die Frauen weiterhin die Ärmsten der Gesellschaft sein, mit einem schlechteren Zugang zu Führungspositionen“, sagte sie. Für Dinora Gil kann man Guatemala nicht mit den restlichen Ländern Zentralamerikas vergleichen, denn die Kontexte seien verschieden. In Nicaragua beeinflusst die politische Situation des Landes die Lage der Frauen, vor allem die der Menschenrechtsverteidigerinnen; in El Salvador sei die Lage in Bezug auf die Sexual- und Reproduktionsrechte noch schlimmer als in Guatemala. Die Expertin unterstrich, dass sie im Jahr 2017 die Menschenrechte der Frauen in das Licht der Aufmerksamkeit rücken wollen, um zu garantieren, dass es keine Rückschritte mehr geben werde. (Cerigua)

Ein schlechtes Jahr für die guatemaltekische Presse

Guatemala , 17. Dez. Ileana Alamilla, Direktorin von CERIGUA und Präsidentin der JournalistInnenvereinigung von Guatemala (APG) bewertete 2016 als ein schlechtes Jahr für die Presse, da die Anzahl der ermordeten JournalistInnen sich im Vergleich zu 2015 verdreifachte. Erneut habe man es nicht erreicht dass die Regierung das Programm zum Schutz der JournalistInnen verabschiedet, obwohl es Fortschritte gab, zum Beispiel durch die Ermittlungsbehörde der Staatsanwaltschaft.

Was hinterliess uns das Jahr 2016 für den guatemaltekischen Journalismus?

Erneut waren es die ländlichen Gebiete, in denen die Aggressionen gegen die JournalistInnen am häufigsten vorkamen und in ihrer schlimmsten Form, dem Mord. Es wurden neun JournalistInnen ermordet und es kam etwas vor, was seit langer Zeit nicht geschehen war: der gewaltsame Tod einer Journalistin in der Hauptstadt. Des weiteren gab es drei Mordversuche, zwei davon mit schweren Verletzungen, da einem Journalisten ein Lungenflügel durchschossen wurde und einem weiteren ein Finger amputiert werden musste aufgrund der Schwere seiner Verletzungen.

Wie sieht die Perspektive für 2017 aus?

Ich glaube, dass das kommende Jahr eine grosse Herausforderung für die verschiedenen Gremien von JournalistInnen (CERIGUA, APG, JournalistInnen-Kammer, Kammer der beruflichen SprecherInnen, 13 Verbänden auf Departments-Ebene) ist, um zu erreichen, dass der Staat seine Verantwortung bezüglich des Schutzes der JournalistInnen übernimmt. Wir sind ziemlich frustriert, denn wir haben der Regierung immer wieder unseren Vorschlag für ein Schutzprogramm unterbreitet. Wir haben den aktuellen Stand analysiert, die Kosten der Gewalt für die JournalistInnen, den rechtlichen Rahmen, die gelernten Lektionen der beiden Beispiele, die es in Lateinamerika gibt (Mexiko und Kolumbien), die wir an unsere Bedingungen angepasst haben. Wir haben den Vorschlag präsentiert und eine Serie von Treffen mit Verantwortlichen abgehalten, darunter mit dem Aussenminister Raul Morales. Dieser muss ja den Fragen der internationalen Gemeinschaft und des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen Antwort stehen, und erklären, ob die Verpflichtungen, die die Regierung beim Thema weltweite Pressefreiheit einging, erfüllt wurden, also auch ob Mechanismen zum Schutz der JournalistInnen eingeleitet wurden.

Gab es denn politischen Willen von Seiten der Regierung?

Der Staat akzeptierte freiwillig, einen Schutzmechanismus zu veranlassen. Es vergingen einige Jahre und es wurde zu einer Farce, die wir anfochten. Nun haben wir den Vorschlag präsentiert und wir arbeiten mit der Regierung bezüglich der Inhalte des Regierungsabkommens zusammen. Sie haben uns angeboten, dass es am Tag der JournalistInnen unterzeichnet werden sollte, was aber nicht geschah. Deshalb glauben wir, dass das nächste Jahr für uns nicht einfach werden wird, denn wir sind nicht bereit, uns noch einmal veralbern zu lassen - vor allem in Anbetracht der delikaten Situation der Departements, wo sich das organisierte Verbrechen und der Drogenhandel einnisten, und wo die lokalen BeamtInnen sich zu echten Gefahren für die JournalistInnen verwandelt haben. Es gibt viele Anzeigen gegen StaatsbeamtInnen, die die PressevertreterInnen angreifen und einschüchtern. Es ist notwendig, dass wir Druck ausüben, damit der Staat seine Verpflichtungen einhält. Darunter fällt auch die Ausbildung der StaatsbeamtInnen in Themen wie Recht auf Kommunikation, Pressfreiheit und Meinungsfreiheit.

Welche positiven Aspekte könnte man unterstreichen?

Wir können sagen, dass es aus anderer Sicht ein erfolgreiches Jahr war, denn wir schafften es zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine Allianz zwischen unterschiedlichen Presseeinheiten zu bilden und wir arbeiten mit den Universitäten zusammen, um eine strategische Koalition zu formen. Es ist notwendig, dass die AkademikerInnen sich der Tatsache bewusst werden, die Studierenden nicht nur in der Theorie zu unterrichten, sondern sie auch über die Realität aufzuklären, die sie in ihrem Berufsleben erwartet. Darüber hinaus sind wir dabei, eine Allianz mit der Presse in El Salvador und Honduras aufzubauen, um Kräfte zu vereinen, denn die Probleme der Region sind ähnlich. Ein weiterer sehr guter Punkt ist das Angebot der Generalstaatsanwältin, die Einheit der Delikte gegen JournalistInnen zu stärken und eine Einheit in einem der Departements aufzubauen. Und wir haben gesehen, dass sie in einigen Prozessen vorangekommen ist und Urteile erreicht hat. Das gibt den JournalistInnen das Vertrauen, dass ihren Anzeigen auch nachgegangen wird und vor Gericht landen und dass die TäterInnen und die Hintermänner der Verbrechen gegen die JournalistInnen verurteilt werden. (Cerigua)

2016: Negative Bilanz für die Gewerkschaftsbewegung

Guatemala, 14. Dez. Die Bilanz für das Jahr 2016 ist für die guatemalteckische Gewerkschaftsbewegung negativ ausgefallen. Die Organisation und die kollektive Tarifabschlüsse wurden verteufelt. Die Leute haben sich gegen die Gewerkschaften gewendet und man hat die ArbeiterInnen glauben lassen, dass Gewerkschaften schädlich seien und dass sie sich nicht mit denen zusammen tun sollten, um ihre Arbeitsrechte zu verteidigen, sagte Mirna Nij zu Cerigua. Nij, Sekretärin der Organisation der Zentrale der ArbeiterInnen vom Land und von der Stadt (CTC) bemerkte, dass man sich in Guatemala auf einer Gratwanderung befände, sollte eine Untersuchungskommission der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO in englisch) ins Land kommen.

FunktionärInnen des Staates präsentierten sich in Genf, wo sie bekannt gaben, dass die Übereinkommen 87 und 98 erfüllt würden, was eine glatte Lüge ist. Das erstere Abkommen handelt von der Gewerkschaftsfreiheit und in Guatemala gibt es diese nicht; das zweite Abkommen betrifft die kollektiven Tarifverhandlungen, die komplett unterdrückt werden, so Nij. Die Gewerkschaftsführerin hob hervor, dass die Gewerkschaftsbewegung glaubt, dass das Aufzwingen einer Untersuchungskommission das Land in verschiedenen Bereichen betreffen würde. Und es würde sich auf die Lebensbedingungen der GuatemalteckInnen auswirken. Man geht davon aus, dass eine Untersuchungskommission nichts Positives bringen werde für Guatemala, aber es ist klar, dass der Staat die Übereinkommen 87 und 98 nicht erfüllt hat.

Nij sagte weiter, das in Bezug zum Thema Sicherheit für GewerkschaftsführerInnen, die bedroht wurden, Studien und Analysen zum Einschätzen der Risikoniveaus gemacht wurden, aber dass die Sicherheit letztendlich nicht gewährleistet wird. Die Regierung argumentiert, dass es kein Geld und kein Personal gebe, um die GewerkschaftsführerInnen zu schützen. Gleichzeitig nahmen die Ermordungen von GewerkschaftlerInnen zu, darunter Brenda Marleni Estada. Die Staatsanwaltschaft heftete es unter Verbrechen aus Leidenschaft ab. So wie sie es auch mit den Morden an weiteren führenden GewerkschafterInnen tat, die seit in den 80ern bis zum heutigen Datum ermordet wurden.

"So wie damals geht es auch heute mit der Verfolgung und den Bedrohungen weiter, damit wir unserer Arbeit nicht nachgehen", sagt Nij. Und das, obwohl 20 Jahre seit der Unterzeichnung der Friedensverträge vergangen sind. Mirna Nij selbst wurde kürzlich Opfer eines Angriffs, bei dem ihr Dokumente entwendet wurden. Sie hofft, dass für das neue Jahr die Übereinkommen 87 und 98 respektiert werden und dass die Morde an 75 GewerkschaftlerInnen aus den letzten 30 Jahren aufgeklärt werden. (Cerigua)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6